

Zum Antrag Klimaresolution des Gaggenauer Gemeinderats

Auf Initiative der Gaggenauer Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragten die Fraktionen von CDU, FWG, SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Inkrafttreten einer Resolution zum Klimawandel. Die Begründung des Antrags lautet wie folgt:

Der Klimawandel und seine Folgen bedrohen zunehmend die Lebensgrundlage von ganzen Regionen, wenn nicht gar der Menschheit. Um dieser Herausforderung zu begegnen, ist schnelles und entschlossenes Handeln im globalen Maßstab gefragt. Dabei spielen Industrieländer wie z. B. Deutschland eine besondere Rolle, da ihr Ausstoß an Treibhausgasen – absolut und pro Kopf – deutlich über dem des Weltdurchschnitts liegt. Zur Erreichung der deutschen Klimaziele wiederum können Städte und Gemeinden einen bedeutenden Beitrag leisten. Im kommenden Jahr wird sich die Projektgruppe "Zukunft Gaggenau 2030" dem Klimawandel widmen. Sie wird Maßnahmen vorschlagen, die sowohl die Eindämmung der Ursachen des Klimawandels als auch die Anpassung an dessen Folgen zum Ziel haben. Die Klimaresolution soll diesen Prozess unterstützen, ihm ein gewisses Maß an Verbindlichkeit verleihen und ihn über das Wirken der Projektgruppe hinaus verstetigen.

Die vom Gemeinderat am 20. Januar 2020 zu verabschiedende Resolution zum Klimawandel verpflichtet die Stadt bei allen in Zukunft geplanten Projekten, den Schutz des Klimas als hohe Priorität wahrzunehmen. Besonders Bündnis 90/Die Grünen werden darauf achten, dass die Stadt hier ihren Verpflichtungen auch nachkommt.

Machbarkeitsstudien zu Bebauungsplänen nach § 13b BauBG Bauvorhaben

Nach wie vor wächst die Einwohnerzahl von Gaggenau. Dieser für Gaggenau positive Trend benötigt Möglichkeiten zur Generierung von Flächen zur Bebauung von Wohnungen.

Innenstadtverdichtung ist zwar ein probates Mittel, Naturflächen zu schonen, ist aber nicht immer zielführend und mit der Zufriedenheit der anliegenden Anwohner zu vereinbaren wie das Beispiel der Jahnstraße zeigt. Deshalb kommt die Stadt nicht darum herum, weitere Flächen in der Gemarkung der Stadt für mögliche Wohnbebauung zu erschließen. Eine solche Erschließung ermöglicht der § 13b des BauGB, der eine Ausnahmeregelung nach dem Regionalplan zur Schaffung für Wohnraum vorsieht. Im Rahmen dieses Paragraphen werden nun in den Ortsteilen 10 Baugebiete entwickelt. Die Fraktion des Gaggenauer Gemeinderats von Bündnis 90/Die Grünen stimmt dieser potentiellen Entwicklung zu. Zu betonen ist, dass der nun gefasste Beschluss keine definitive Bebauung der Gebiete umfasst, sondern lediglich prüft, ob die ausgewählten Gebiete sich überhaupt zu einer Bebauung eignen. Ob dann Bauungen durchgeführt werden, wenn ja, wie und in welcher Art, ist jeweils für ein konkretes Gebiet zu überprüfen. Sechs der ausgewählten Gebiete erfordern hierbei besondere Ausgleichsmaßnahmen zum Artenschutz. Bündnis 90/Die Grünen werden für die künftigen Bauungen diese Maßnahmen vehement einfordern. Die Stadt wird die Anforderungen eines ausreichenden und qualitativ hochwertigen Ausgleichskatalogs nicht hintergehen können. Desweiteren werden Bündnis 90/Die Grünen darauf achten, dass die Bebauungspläne der einzelnen Gebiete den Forderungen der im Januar in Kraft tretenden Gaggenauer Klimaresolution voll entsprechen. Das heißt, dass z.B. Dach- und Fassadenbegrünung verpflichtend sein werden, sowie ein Verbot für Stein- oder Kieselgärten selbstverständlich in die Pläne eingeschrieben werden. Auch wird darauf zu achten sein, dass Mehrfamilienhäuser und Doppelhaushälften in den Arealen entstehen, um auch Durchschnitts- und Geringverdienern die Möglichkeit von gutem Wohnraum zu ermöglichen. Auch werden Bündnis 90/Die Die Grünen dafür einstehen, dass eine dann durchgeführte Bebauung durch den Eigenbetrieb Stadtwohnung vorgenommen wird, und nicht nur durch auf hohe Gewinne abzielende Investoren. Denn nur dann, wenn die Stadt die Bebauung teilweise selbst in die Hand nimmt, kann durch den Gemeinderat ausreichend dafür gesorgt werden, dass Naturschutzrichtlinien, die Schaffung sozialverträglichen Wohnraums und städtebaulich harmonische Projekte umgesetzt werden können.

Wir bedanken uns abschließend bei den Fraktionen von CDU, FWG und SPD, sowie bei der Stadtverwaltung, Herrn Bürgermeister Pfeiffer und Herrn Oberbürgermeister Florus für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung der Klimaresolution.

Auch wünschen wir allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Gaggenau ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und viel Glück im neuen Jahr 2020.

Dr. Heike Röhlen, Eric Peplau

Fraktionsvorsitzende der Gemeinderatsfraktion in Gaggenau von Bündnis 90/Die Grünen

Antrag: Klimaresolution

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, FWG, SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen den Antrag, den Gemeinderat über die Annahme folgender Resolution abstimmen zu lassen:

- Der Gemeinderat erklärt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von sehr hoher Priorität.
- Der Gemeinderat fordert die Verwaltung der Stadt Gaggenau auf, die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Verwaltungshandlungen und Geschäften zu berücksichtigen und wenn immer möglich, jene Geschäfte bevorzugt zu behandeln, welche den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen.
- Der Gemeinderat fordert den Bund und das Land Baden-Württemberg auf, alle erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 eingehalten werden kann.
- Der Gemeinderat beschließt, konkrete kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zu erarbeiten, die der Eindämmung des Klimawandels und der Anpassung an dessen Folgen dienlich sind.

Begründung:

Der Klimawandel und seine Folgen bedrohen zunehmend die Lebensgrundlage von ganzen Regionen, wenn nicht gar der Menschheit. Um dieser Herausforderung zu begegnen, ist schnelles und entschlossenes Handeln im globalen Maßstab gefragt. Dabei spielen Industrieländer wie z. B. Deutschland eine besondere Rolle, da ihr Ausstoß an Treibhausgasen – absolut und pro Kopf – deutlich über dem des Weltdurchschnitts liegt. Zur Erreichung der deutschen Klimaziele wiederum können Städte und Gemeinden einen bedeutenden Beitrag leisten. Im kommenden Jahr 2020 wird sich die Projektgruppe "Zukunft Gaggenau 2030" dem Klimawandel widmen. Sie wird Maßnahmen vorschlagen, die sowohl die Eindämmung der Ursachen des Klimawandels als auch die Anpassung an dessen Folgen zum Ziel haben. Die Klimaresolution soll diesen Prozess unterstützen, ihm ein gewisses Maß an Verbindlichkeit verleihen und ihn über das Wirken der Projektgruppe hinaus verstetigen.

Mit freundlichen Grüßen